

François Gérard (1770–1837) – Schlacht bei Austerlitz 1805 (Gemälde von 1810)



Geben Sie Gedankenfreiheit!

Schiller

Die CDU ist dabei etwas aufzukündigen, was es nie gab

Das, was man als jemand, der sich nun schon viele Jahre mit dem Thema Schulreform oder besser: Schulstruktur auseinandersetzt, ahnen konnte, nimmt Gestalt an: Die Hamburger Christdemokraten, gebeutelt durch ihren Star, der ja durchaus Liebling der Medien war, dem vormaligen Bürgermeister Ole von Beust, hatte bekannter Maßen vor nunmehr 8 Jahren gewagt, etwas an der bis dahin

als ehem geltenden Schulstruktur zu ändern. Zusammen mit den Grünen setzte von Beust sich für ein längeres gemeinsames Lernen ein. Zwar war aus der ursprünglichen Idee einer ‚Schule für Alle‘ bis Jahrgang 10 ein Zwerg erwachsen, nämlich ein eingedampftes gemeinsames 6-jähriges Lernen in einer neu benannten Primarschule, aber wie wir wissen, selbst daraus wurde nichts.

Eine Volksinitiative, angeführt von einem bis zu diesem Zeitpunkt eher unbekanntem Rechtsanwält, Walter Scheuerl, konnte mit dem diskriminierenden Motto: ‚Wir wollen lernen‘ Teile des Bürgertums hinter sich bringen, so dass es im Rahmen einer gut durchfinanzierten Kampagne gelang, große Teile des Kleinbürgertums, das sich um die Früchte seines sozialen Aufstiegs gebracht fühlte, hinter sich



zu bringen. Dabei waren es keine materiellen Werte, derer man verlustig zu werden glaubte, sondern die Angst um den eigenen Nachwuchs. Dieser hätte ja in einem solchen Fall mit Kindern zusammen lernen müssen, deren kulturelles Kapital nicht kompatibel erschien mit ihren Vorstellungen von zu erreichender guter Bildung. Ganz auszuschließen ist ebenfalls nicht, dass sich – vielleicht nicht immer bewusst – bei der Vorstellung, dass sich bei dieser „Gleichmacherei“ zu Viele mit dem gleichen Bildungsabschluss als Konkurrent_innen einmal gegenüber treten könnten, bei manchem ein Gefühl der Bedrohung eingeschlichen hatte.

Nun war das Kuriose, dass alle in der Bürgerschaft vertretenen Parteien für dieses oben beschriebene längere gemeinsame Lernen eingetreten waren und jetzt vom Volk – so muss man es wohl sagen – in ihre Schranken verwiesen worden waren. Ein Lehrstück an Demokratie oder ein Hinweis darauf, dass die Privilegierten mit dieser Art von plebiszitären Elementen ein Spiel treiben können, das ihnen zum Vorteil gereicht, weil sie nicht nur finanziell, sondern auch ideologisch am längeren Hebel sitzen?

Wie dem auch sei – diese Debatte wird wohl immer wieder von Neuen geführt werden. Die

Staatsmacht hatte eine Schlappe erlitten, in deren Folge das Oberhaupt, in diesem Fall der Erste Bürgermeister, zurücktrat.

Welche Spuren aber hatte dies in seiner Partei, der CDU, hinterlassen? Man kann davon ausgehen, dass die Mehrheit eher gegen das gestanden hatte, was von Beust wollte. Aber ähnlich wie im Bund Angela Merkel es vermocht hatte, durch ihre Wahlerfolge und ihre Persönlichkeit diejenigen zum Schweigen zu bringen, die man klassischer Weise zum wertkonservativen Teil der Christdemokraten rechnet, war es in Hamburg der charismatische Ole von Beust, der lange als unangefochtener

Lokalmatador seine politischen Spielräume nutzen konnte. Unabhängig davon, dass er als einer der Modernisierer seiner Partei inhaltlich das längere gemeinsame Lernen als Chance dafür betrachtete, ein wenig Ungleichheit aus der Welt zu schaffen, war es natürlich auch die eingegangene Koalition mit den Grünen, um – nach seinem furiosen Sieg über den Rechtsausleger Schill – überhaupt weiterregieren zu können. Man erinnere sich: Der Statt-Partei hatte er das Regierungsbündnis aufgekündigt, nachdem Schill als wichtigster Repräsentant und Identifikationsfigur dieser Partei ihn u.a. wegen seiner Homosexualität zu diskreditieren versucht hatte.

Aufstieg ...

In diesen an Shakespeare'sche Machthändler erinnernde Auseinandersetzungen hatte von Beust nach Aufgabe des Regierungsbündnisses mit eben jenen Rechtspopulisten der Schill-Partei und dem seinerzeit noch mit der Führung der FDP betrauten ehemaligen Konteradmiral Lange alles auf eine Karte gesetzt – und gewann! Die Neuwahlen brachten der CDU 47,2 Prozent der Wählerstimmen und damit die absolute Mehrheit. Vier Jahre (2004-2008) konnten die Christdemokraten unter Ole von Beust daraufhin allein regieren, bis die Partei bei den Bürgerschaftswahlen 2008 die absolute Mehrheit verlor. Dies war die Geburtsstunde einer der ersten schwarz/grünen Landesregierungen.

Gymnasial-Schulleiter_innen gegen Schulzeitverlängerung

„Es gibt in Hamburg, anders als in anderen Bundesländern, mit der Stadtteilschule bereits eine profilierte Schulform, die das Abitur in neun Jahren anbietet“, heißt es in einer Erklärung der Vereinigung der Leitungen Hamburger Gymnasien und Studienseminare (VLHGS). Schüler_innen und Eltern könnten sowohl am Ende der Grundschulzeit als auch am Ende der zehnten Klasse entscheiden, ob sie ein Lernjahr mehr bis zum Abitur als am Gymnasium benötigen. „G8 am Gymnasium hat sich bewährt“, schreiben die Schulleiter.



Ein strategisches Wehrdorf in Südvietnam 1964

gen. Der grüne Koalitionspartner mit Christa Goetsch im Amt der Schulsenatorin an der Spitze war aber nicht nur Notbehelf im Sinne eines Mehrheitsbeschaffers, sondern diente von Beust zugleich als strategischer Bündnispartner, um seine Partei zu modernisieren.

... und Fall

Das ging mehr schlecht als recht. Der Basis blieb nichts anderes übrig, als einige Kröten zu schlucken. Und kaum war Kapitän Ole von Bord, gingen die Flügelkämpfe wieder los, die aber, im Nachhinein betrachtet, eher zum Erlahmen der Partei führten. Es gelang der CDU mit ihrem neuen Führungspersonal nicht, zu altem Glanz zurückzukehren. Bei der letzten Bürgerschaftswahl erzielte die größte Oppositionspartei gerade mal 15,9 (!) Prozent der Stimmen.

Die einzige Chance, aus dieser Abseitsposition herauszukommen, sieht der jetzige Partei- und Oppositionsführer André Trepoll

in der Brechung dessen, was als „Schulfrieden“ in der Öffentlichkeit bekannt ist. Nach dem Debakel des verloren gegangenen Volksentscheids für oder gegen sechsjähriges gemeinsames Lernen in Primarschulen hatte man versucht, mit diesem Label die Öffentlichkeit zu beruhigen. Genauer: die vermeintliche oder tatsächliche Verwirrung bei Teilen der Bevölkerung darüber, was denn nun in Hinblick auf das Lernen der richtige Weg sei, hatte das Gespenst der Politikverdrossenheit an die Wand gemalt. Die Diskussion um die Schulstruktur sollte darum eingestellt werden. Für zumindest 10 Jahre sollte man nicht mehr darüber reden. Zu schön schien nun die Aussicht, dass man mit dem 2-Säulen-Modell einen Weg gefunden hatte, um wenigstens nach außen hin suggerieren zu können, jedem und jeder sei hiermit die Möglichkeit auf gleichberechtigte Teilhabe via Chancengleichheit in dieser Gesellschaft gegeben. Der vermeintliche Charme dieser Konstruktion: Mit einem Jahr längerer Lernzeit (G9) wollte man die nicht aufs Gymnasium fixierten Eltern ködern, ihre Kinder an den Stadtteilschulen anzumelden. Dies scheint nun von denjenigen zur Disposition gestellt zu werden, die am lautesten sich dafür eingesetzt hatten, die klassische gymnasiale Schulzeit um ein Jahr zu verkürzen – das

Was in der Zwischenzeit geschah...

Die (Wehr-)Dorfbevölkerung in Hamburg 2018 spielte nicht ganz so mit, wie der große Vorsitzende es geplant hatte: „Mit uns wurde nicht über dieses neue Vorgehen (zurück zu G9) gesprochen“, empörte sich etwa Silke Ottow, Mitglied des Landesfachausschusses Medien der Hamburger CDU in den Sozialen Medien. Auf einer am 3.12. stattgefundenen Tagung des Landesausschusses der CDU konnte André Trepoll zwar seinen Vorschlag, die verlängerte Schulzeit auf dem Wahlparteitag seiner Partei 2020 zu entscheiden, durchsetzen. Aber die Mehrheit war knapp! Dies wird die Diskussion beflügeln, aber wer mit dem Rücken zur Wand steht, hat wenig Spielräume.

G8 also. Angeblich sei sonst die internationale Wettbewerbsposition der Deutschen gefährdet – so der Chor der Marktradikalen in CDU, Statt-Partei und FDP seinerzeit, weil doch alle Länder um uns herum so verfahren würden.

Was die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft angeht, so musste man sich damals wie heute darum wohl keine Sorgen machen. Es muss andere Gründe dafür geben, warum so viele Bundesländer zurückrudern; zuletzt unser Nachbarland Schleswig-Holstein. Dass die Christdemokraten hier die lange regierenden Sozialdemokraten aus der Regierung vertreiben konnten, hängt nicht unmaßgeblich mit deren Forderung nach einem Zurück zu G9 zusammen.

Die jetzige dortige Bildungsministerin Karin Prien, seinerzeit als schulpolitische Sprecherin der CDU in Hamburg noch glühende Vertreterin des 2-Säulen-Modells, musste zurückrudern. Ihre Rechtfertigung, dass die Verhältnisse in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein andere Entscheidungen verlangten als in einem Stadtstaat wie Hamburg, klangen zwar hohl, waren aber die Voraussetzung dafür, dass sie überhaupt den Job antreten konnte.

Die Versuchung für Trepoll, es seiner ehemaligen schulpolitischen Sprecherin gleichzutun, ist also groß. Zudem sitzt ihm die AfD im Nacken, von der

anzunehmen ist, dass sie Ähnliches fordern wird. Bloß ist da ja noch die Abmachung mit den Sozialdemokraten, 10 Jahre lang am Status quo nicht zu rütteln. Was also tun? Den sozialdemokratischen Schulsenator etwa aufzufordern, „Geben sie Gedankenfreiheit!“, hieß es, sich der Lächerlichkeit preiszugeben. Damit aber der jetzige CDU-Oppositionsführer André Trepoll nicht offen als jemand vorgeführt werden kann, der den für die Sozialdemokraten so heiligen Schulfrieden – den es nie gab (s. hlz 7-8/2018, S. 27) – bricht, muss er seine Partei, um im Bild von Krieg und Frieden zu bleiben, als ‚Wehrdorf‘ nutzen. Er hofft und kann m.E. sicher damit rechnen, dass er auf der Tagung des Landesausschusses (auch Kleiner Parteitag genannt) die notwendige Mehrheit für die Wiedereinführung des G9 findet. (s. Kasten oben) Genauer: In einem elfseitigen Antrag mit dem Titel „Qualitätsoffensive für Bildung und Erziehung!“ der CDU-Bildungsexperten findet sich zwar kein Wort zur Frage G8 oder G9. Brisant ist aber ein Ergänzungsantrag, der jetzt im Landesvorstand einmütig beschlossen wurde. „Der nachvollziehbare Wunsch vieler Eltern und Schüler, die Schulzeit auch an den Gymnasien zu entzerren, darf von verantwortungsvoller Politik nicht ignoriert werden“, heißt es in dem Text. Die Umstellung auf G8 habe „neben Vorteilen auch Nachteile ge-

bracht“, etwa in Bezug auf das außerschulische Engagement, die ausreichende Vertiefung des Lernstoffs und die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder. „Für die Lösung des Problems gibt es ... die unterschiedlichen Möglichkeiten zur Lernzeitverlängerung, wie Y-Gymnasien mit beiden Zweigen, eine einmalige Wahlmöglichkeit für die Hamburger Gymnasien oder eine individuelle Lernzeitverlängerung bis zum Abitur“, heißt es weiter.

Ob und in welcher Form die CDU tätig werde, soll im „Wahlprogramm der CDU Hamburg zur Bürgerschaftswahl 2020 festgelegt“ werden. „Politik kann sich dem Wunsch nach individuellen Lernzeiten nicht verschließen und muss darauf eine Antwort finden“, so der CDU-Fraktionschef André Trepoll.

Dabei scheut er sich auch nicht, von der Chance auf längeres *gemeinsames* Lernen zu sprechen, wohlwissend, dass dies bislang nur im Kontext einer gemeinsamen Beschulung *aller* Kinder gemeint war. Aber sei's drum - pädagogisch sprechen ja ohne Zweifel viele Gründe für eine Verlängerung der Schulzeit auch am Gymnasium, bloß bliebe damit der kleine Wettbewerbsvorteil der Stadtteilschule auf der Strecke. Diese ohnehin schon gebeutelte Schulform würde noch weniger angewählt und zu dem, was man früher in ähnlichen Zusammenhängen mit einem wenig menschenfreundlichen Begriff belegte: der Restschule. Um der Düsternis einer solchen Entwicklung zu entkommen, sei die Frage erlaubt, ob hiermit etwas auf den Weg gebracht wird, von dem man einmal sagen wird: Hier wurde die Krise zur Chance für ‚Eine Schule für Alle? Die Voraussetzungen für uns, sie zu erstreben, sind vielleicht nur auf den ersten Blick schlechter geworden.

JOACHIM GEFFERS